



G7 GERMANY

**Gender Equality
Ministers Meeting**

Berlin 2022

**Gemeinsame Erklärung der G7
Gleichstellungsministerinnen und
-minister**

Gemeinsame Erklärung der G7 Gleichstellungsministerinnen und -minister

14. Oktober 2022, Berlin

Wir, die **G7 Gleichstellungsministerinnen und -minister**, sind heute in Berlin zusammen gekommen, um Fortschritte auf dem Weg zu einer **geschlechtergerechten Welt** zu machen. Wir müssen daran erinnern, dass es bis **2022 noch keinem Land der Welt gelungen ist, die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter vollständig zu erreichen**. Weltweit sind Frauen und Mädchen in all ihrer Vielfalt sowie LGBTIQ+ Personen weiterhin in vielen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens benachteiligt, so zum Beispiel im Bildungsektor, auf politischer Führungsebene und auf dem Arbeitsmarkt. Zudem ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie Opfer sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt werden, wesentlich höher. Die Durchsetzung der Gleichstellung der Geschlechter ist vor diesem Hintergrund dringend und zwingend erforderlich und bleibt für uns politische Priorität. Die G7 haben sich unter der deutschen Präsidentschaft zu einer ehrgeizigen, transformativen **Gender-Agenda** verpflichtet, in der Gleichstellung der Geschlechter ein Querschnitts- und Leitprinzip **für alle politischen Ziele** ist. Wir bekräftigen die Verpflichtung der Staats- und Regierungschefs, die umfassende, gleichberechtigte, wirksame und maßgebliche Teilhabe von Frauen und Mädchen in ihrer ganzen Vielfalt sowie von LGBTIQ+ Personen in Politik, Wirtschaft, im Bildungswesen und in allen anderen Bereichen der Gesellschaft zu gewährleisten, unabhängig von ihrer Geschlechtsidentität oder ihrem Geschlechtsausdruck oder ihrer sexuellen Orientierung, und ihre Rechte, Ressourcen und Möglichkeiten im Sinne einer feministischen Entwicklungs-, Außen- und Handelspolitik zu stärken. Wir bleiben auch weiterhin den Zielen der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung verpflichtet und sind zutiefst besorgt über die derzeitig unterdurchschnittliche Entwicklung der Umsetzung von SDG 5.

Die Verwirklichung gemeinsamer Fortschritte in der G7 Gleichstellungspolitik erfordert **kontinuierliche, koordinierte und zielgerichtete Anstrengungen in allen G7-Staaten**, die nach dem Prinzip des Gender Mainstreaming ausgerichtet sind. Um ihre Ziele zu erreichen, hat die G7 starke und geeignete Mechanismen zur Rechenschaftslegung im Bereich der Geschlechtergleichstellung etabliert, die sicherstellen, dass die G7-Staaten über solide und insbesondere besser aufgeschlüsselte Daten und Erkenntnisse verfügen, um politische Maßnahmen, institutionelle wissenschaftliche Beratung und Partnerschaften mit der Zivilgesellschaft zu begleiten sowie einen Follow-Up Prozess zur Umsetzung der Empfehlungen und Verpflichtungen der G7 im Bereich der Geschlechtergleichstellung. In diesem Sinne würdigen wir die Einbeziehung der Geschlechtergleichstellung in allen Arbeitsbereichen der G7 und unterstützen die spezifischen geschlechterspezifischen Empfehlungen und Verpflichtungen, die von anderen G7 Ministerinnen und Ministern in ihren Kommuniqués abgegeben wurden.

Einrichtung des G7 Dashboard on Gender Gaps

Die Einrichtung des **G7 Dashboards on Gender Gaps** und seine jährliche Aktualisierung sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger Schritt zur Überwachung und Rechenschaftslegung.

Das G7 Dashboard on Gender Gaps bezieht wichtige Indikatoren in einer Reihe von Politikfeldern ein, die für das Voranbringen der Geschlechtergleichstellung von Bedeutung sind. Wir freuen uns darauf, auf den Erkenntnissen aus dem G7 Dashboard on Gender Gaps aufzubauen, um künftige Verpflichtungen der G7, einschließlich politischer Maßnahmen in unseren jeweiligen Ländern, zu untermauern und die Gleichstellung der Geschlechter weltweit weiter voranzutreiben. Die Verabschiedung des Überwachungsmechanismus ist ein **starkes politisches Signal, dass die G7 gemeinsame Werte hochhält und die Gleichstellung der Geschlechter konkret und wirksamverwirklichen will.**

Zusammenarbeit mit dem G7-Beirat für Gleichstellungsfragen (Gender Equality Advisory Council / GEAC) und den Women7 (W7)

Neben dem G7 Dashboard on Gender Gaps haben in den vergangenen Jahren zwei erfolgreich etablierte G7 Begleitgremien die Strukturen im Bereich Gleichstellungsfragen innerhalb der G7 berichtet: der **Beirat für Gleichstellungsfragen (GEAC)** und die **Women7 (W7)**. Diese verdeutlichen das Engagement der G7, die Gleichstellung der Geschlechter als grundlegenden und wesentlichen Wert demokratischer Gesellschaften zu verteidigen. Seit 2018 erarbeitet der hochrangige GEAC Empfehlungen zu Gleichstellungsfragen für die gesamte G7 Agenda. **Alle Empfehlungen bieten eine Fülle von Erfahrungswerten und Maßnahmen zur Förderung der Geschlechtergleichstellung in der ganzen Welt. Wir begrüßen die Auswahl der diesjährigen Themen** wie „Finanzierung, Investitionen, Eigentum, Care-Ökonomie, feministisch Diplomatie, geschlechtsspezifische Gewalt, die Genderdimension in Krisen und deren geschlechtsspezifische Auswirkungen sowie intersektionales Bewusstsein“ und die aufschlussreiche Arbeit zu diesen Themen. **Der GEAC hat zum Ziel, die Staats- und Regierungschefs und die Ministerinnen und Minister dabei zu unterstützen, die Gleichstellung der Geschlechter und geschlechtsspezifische Analyse bei allen Themen Aktivitäten und den Ergebnissen der G7 Präsidentschaft zu integrieren.** Wir werden diese Analyse auch in Zukunft bei unseren Aktivitäten einbeziehen, so wie wir es beispielsweise mit der Einrichtung des Dashboards getan haben. **Die W7 ist eine globale Stimme der Zivilgesellschaft** und diese Zivilgesellschaft ist eine unverzichtbare Voraussetzung für pluralistische demokratische Gesellschaften, sowie eine Partnerin und wichtige Begleiterin der G7. **Wir begrüßen die W7 Empfehlungen** und die konkreten Vorschläge zu Grundsätzen einer nachhaltigen und geschlechtergerechten Transformation. Wir verpflichten uns, auch in Zukunft die Gleichstellung der Geschlechter ganz oben auf der Tagesordnung zu halten und mit unseren zivilgesellschaftlichen Partnerinnen und Partnern wie der W7 zusammenzuarbeiten.

Förderung des Unternehmertums von Frauen

Um von positiven Errungenschaften in der gesamten G7 zu profitieren, müssen wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen und uns weiterentwickeln. Auf dem Treffen der G7 Gleichstellungsministerinnen und -minister haben wir politische und andere Maßnahmen zur Stärkung von selbständig erwerbstätigen Frauen und Unternehmerinnen diskutiert¹. Es gibt nach wie vor **beträchtliche, ungenutzte Chancen für Selbstständigkeit und Unternehmertum** bei Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Jugendlichen, Arbeitslosen und Zugewanderten. Zu den Hindernissen, die einer größeren Zahl von Frauen den Weg in die Selbstständigkeit versperren, gehören der Mangel an weiblichen Vorbildern, die mitunter begrenzte öffentliche Sichtbarkeit von Unternehmerinnen, der fehlende Zugang zu Finanzmitteln und Schulungen, die eingeschränkten Möglichkeiten Familienleben und Selbstständigkeit insbesondere durch die Verringerung und Umverteilung unbezahlter Sorgearbeit unter einen Hut zu bringen und die patriarchale Machtdynamik. Ferner können institutionelle Formen von Geschlechterstereotypen und diskriminierende soziale Normen, die Frauen von der Arbeitswelt und Unternehmertum in einer überwiegend von Männern dominierten Finanzwelt ausschließen, und die für Unternehmerinnen, welche Finanzmittel zur Förderung des Wachstums und der Entwicklung ihres Unternehmens suchen, ein Hindernis darstellen. **Um diese Hindernisse zu überwinden, sind eine qualitativ hochwertige Bildung, die auch Bildung zu Finanzthemen und Fähigkeiten in den MINT-Fächern umfasst, von entscheidender Bedeutung:** Wir bekräftigen die G7-Grundsätze für die unternehmerische Selbstständigkeit von Frauen, um Frauen und Mädchen zu stärken, eine unternehmerische Führungsrolle einzunehmen und darin erfolgreich zu sein. Die genannten Benachteiligungen schränken das Empowerment von Frauen und einen gleichberechtigten Zugang zu Chancen ein. Außerdem wirken sie sich auf das **wirtschaftliche und soziale Wachstum aller** aus, da Unternehmerinnen ihr Unternehmen häufiger als männliche Unternehmer auf soziale, ökologische oder wirtschaftliche Nachhaltigkeit ausrichten.²

¹Indikator 7 des G7-Dashboards on Gender Gaps untersucht den Anteil der weiblichen und männlichen Selbstständigen mit oder ohne Arbeitnehmer*innen

²z. B.: Hechavarría, D.M., Brieger, S.A. Practice rather than preach: cultural practices and female social entrepreneurship. Small Bus Econ 58, 1131–1151 (2022). <https://doi.org/10.1007/s11187-020-00437-6> (19.09.2022).

Unternehmerisches Handeln von Frauen kann somit als wichtiger Baustein betrachtet werden, der wesentlich und gleichermaßen zu innovativen Lösungen für die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit beiträgt, wie beispielsweise **die Sicherung eines nachhaltigen Planeten, wirtschaftliche Stabilität und Transformation sowie ein gesundes Leben**. Aus diesem Grund würdigen wir den Beitrag, den Frauen als Unternehmerinnen und Innovatorinnen für einen sozial und ökologisch nachhaltigen Wirtschaftswandel leisten, und werden der **Aufforderung des W7-Kommuniqués Folge leisten**, >maßgeschneiderte Unterstützung für Unternehmer*innen bereitzustellen und ihren gleichberechtigten Zugang zu (Finanz-)Märkten und Beschaffungsmöglichkeiten sicherzustellen<.

Auseinandersetzung mit den Auswirkungen von Krisen und Konflikten auf die Gleichstellung der Geschlechter

In den vergangenen zwei Jahren hat die **COVID-19-Pandemie viele bereits bestehende Ungleichheiten verschärft und in einigen Fällen hart erarbeitete Fortschritte wieder zunichte gemacht**. **Wir müssen aus den Maßnahmen, die während dieser Krisenzeit entwickelt wurden, lernen** und uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass diese Initiativen ausgebaut werden. Weltweit waren Frauen und Mädchen in all ihrer Vielfalt unverhältnismäßig stark von Kündigungen, eingeschränktem Zugang zu Gesundheitsdiensten und Bildung betroffen und mussten Rückschläge bei der Durchsetzung ihrer umfassenden sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte hinnehmen. Außerdem kam es zu einem besorgniserregenden Anstieg verschiedener Formen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich von Online-Belästigungen und Missbrauch im Internet sowie durch Technologie begünstigte geschlechtsspezifische Gewalt. Die durch die COVID-19-Pandemie notwendig gewordenen Maßnahmen zur sozialen Isolierung haben es den von geschlechtsspezifischer Gewalt bedrohten Frauen erschwert, sich sicher um Hilfe zu bemühen. Als Reaktion darauf haben sich kommunale Organisationen zusammengeschlossen und Initiativen wie das ursprünglich in Kanada entwickelte „Signal for Help“ vorgebracht. Dabei handelt es sich um ein Handzeichen, mit dem eine Person anderen signalisieren kann, dass sie sich bedroht fühlt und Hilfe benötigt. Das „Signal for Help“ ist mittlerweile in vielen Ländern verbreitet und ergänzt das sektorübergreifende Instrumentarium und die Ansätze, die erforderlich sind, um gegen eine der am weitesten verbreiteten, tödlichsten und am tiefsten verwurzelten Menschenrechtsverletzungen unserer Zeit vorzugehen.

Was den Arbeitsmarkt betrifft, zeigen Untersuchungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dass die wirtschaftliche Erholung global betrachtet das Gefälle zwischen den Geschlechtern in Bezug auf die geleisteten Arbeitsstunden in bezahlter Beschäftigung, welches sich während der Krise weiter vergrößert hat, nicht beseitigt und dass informell beschäftigte Arbeitnehmerinnen stärker vom Arbeitsplatzverlust betroffen sind als ihre männlichen Kollegen. OECD-Daten zeigen, dass Unternehmerinnen eher in stark betroffenen Branchen tätig sind (z. B. personennahe Dienstleistungen, Tourismus, Einzelhandel, Kunst und Unterhaltung). Über die Pandemie hinaus stellen die drohende Klimakrise in Verbindung mit dem Verlust der Biodiversität weitere Hindernisse für Frauen und Mädchen dar, die stärker als ihre männlichen Kollegen von den negativen Auswirkungen des Klimawandels und von Naturkatastrophen bedroht sind. **Wir setzen uns dafür ein, den Genderaspekt in allen Arten von Krisen zu berücksichtigen und Frauen und Mädchen in ihrer ganzen Vielfalt in die Entscheidungsfindung einzubeziehen**, um den negativen Auswirkungen entgegenzuwirken und sie zu überwinden. **Konflikte, Situationen geprägt von Instabilität, Migration und Vertreibung** sind keineswegs geschlechtsneutral: Frauen und Kinder, insbesondere Mädchen, sowie Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Geschlechtsidentität oder ihres Geschlechtsausdrucks an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, sind in bewaffneten Konflikten und in **Situationen irregulärer Migration und Vertreibung unverhältnismäßig stark von Menschenrechtsverletzungen und Missbrauch sowie von Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht** betroffen. Diese Verstöße verstärken häufig bereits bestehende Diskriminierungsmuster, einschließlich Mehrfachdiskriminierung aus verschiedenen Gründen. Frauen, Mädchen und die am stärksten gefährdeten Personen sind dadurch einem erhöhten Risiko von Gewalt ausgesetzt, einschließlich konfliktbedingter sexueller Gewalt; prekärer Beschäftigungsverhältnisse; Menschenhandel; Freiheitsentzug; Verletzungen grundlegender Arbeitsrechte, einschließlich der Vereinigungsfreiheit und des Rechts auf Tarifverhandlungen; die Verweigerung des Zugangs zu Bildung, einschließlich Berufsausbildung und umfassender Sexualaufklärung; und grundlegender Gesundheitsleistungen, einschließlich umfassender Leistungen im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, insbesondere in Fällen von Vertreibung.

Wir erkennen die besonderen Bedürfnisse, die Herausforderungen und das Potenzial von Frauen in ihrer ganzen Vielfalt als Akteurinnen des Wandels in Krisen, Konfliktsituationen und bei Vertreibungen an. In enger Anlehnung an die Agenda „Frauen, Frieden und Sicherheit“ setzen wir uns dafür ein, unsere Bemühungen um die Einbeziehung der Geschlechterperspektive weiter zu verstärken und die umfassende, gleichberechtigte, wirksame und maßgebliche Teilhabe von Frauen an der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsfindung und der Ressourcenverteilung sowie an Prozessen zur Konfliktbeilegung und Friedenserhaltung sicherzustellen. Wir, die G7 Gleichstellungsministerinnen und -minister, verurteilen den völkerrechtswidrigen, nicht provozierten und ungerechtfertigten Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und bekräftigen unsere volle Unterstützung für die ukrainische Regierung und das ukrainische Volk in ihrem Kampf für eine souveräne, friedliche, von Wohlstand und Gleichberechtigung geprägte und demokratische Zukunft. Wir sind solidarisch mit der Ukraine und fordern Russland auf, seinen völkerrechtlichen Verpflichtungen, einschließlich des humanitären Völkerrechts, nachzukommen und die Menschenrechte von Frauen und Mädchen sowie von LGBTIQ+ Personen zu achten. Mit großer Sorge beobachten wir die anhaltende Verschlechterung der Situation von Frauen, Mädchen und LGBTIQ+ Personen, die bei der Verteidigung ihres Landes, aber auch auf der Flucht vor dem Krieg und bei dem Versuch, ihre Familien vor der anhaltenden Aggression der russischen Streitkräfte zu retten, einem erhöhten Risiko ausgesetzt sind. Wir verurteilen auf das Schärfste die andauernden Angriffe, die Tötung und Verwundung von Zivilpersonen und von nicht am bewaffneten Kampf Beteiligten, die konfliktbedingte sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie die allgegenwärtigen Angriffe auf kritische Infrastruktur und die erheblichen Schäden an Gesundheitseinrichtungen und Verletzungen von Gesundheitspersonal in der Ukraine. Wir fordern dazu auf, die Urheber dieses Missbrauchs zur Rechenschaft zu ziehen und eine geschlechtergerechte Wiederaufbauplanung in der Ukraine in enger Zusammenarbeit mit den ukrainischen Behörden vorzusehen. Strategien, Programme und Projekte müssen so konzipiert werden, dass sie den Bedürfnissen aller Menschen gerecht werden. Es muss sichergestellt sein, dass alle in vollem Umfang einbezogen und auf allen Ebenen beteiligt werden sowie vertreten sind. Zudem müssen Ressourcen und Leistungen gleichmäßig verteilt werden.

Gemeinsam treten wir der zunehmenden Welle des Autoritarismus und den Rückschlägen im Bereich der Rechte von Frauen, Mädchen und LGBTIQ+ Personen auf der ganzen Welt entgegen. Dies tun wir, indem wir wirksam auf internationaler Ebene zusammenarbeiten, politische Instrumente wie nationale Aktionspläne oder Strategien einsetzen und den laufenden Dialog intensivieren, während wir nach freien, resilienten, inklusiven, geschlechtergerechten und demokratischen Gesellschaften streben, die auf einem funktionierenden und inspirierenden Gleichstellungsmechanismus basieren.
Wir müssen mehr tun. Wir müssen schneller handeln. Wir stehen zusammen.